

Bern

«Derzeit zeigt sich die Schwäche von vielen Kantonsregierungen sehr gut»

Planlos gegen die Krise Im Kampf gegen das Virus scheuen sich Kantone wie Bern vor der Verantwortung – auch weil bald Wahlen anstehen, wie der Politikforscher Adrian Vatter sagt.

Marcello Odermatt

Herr Vatter, zu späte Impfkampagnen, überfüllte Spitäler, Testchaos an den Schulen, überfordertes Contact-Tracing. Scheitern die Kantone im Kampf gegen das Virus?

Die Schwäche vieler Kantonsregierungen zeigt sich derzeit sehr gut. Sie haben Mühe, sich rasch an die extreme Dynamik der Pandemie anzupassen. Ihnen fehlen eine vorausschauende Planung und eine effiziente Krisenorganisation. Nur wenige waren gut vorbereitet, etwa Graubünden, das mit seiner Krisenvorsorge, dem Massentesten und dem raschen Impfen zum Musterschüler für die ganze Schweiz wurde. Andere hingegen, etwa die Ostschweizer Kantone, verhalten sich passiv und haben zum Teil keine aktuellen Pandemiepläne.

Im Kanton Bern werden Massentests angeboten, abgebrochen, dann wieder zugelassen, Ferien werden kurzfristig vorverlegt. Ein Desaster?

Das ist ein hartes Wort. Zu Beginn der Pandemie hat der Kanton Bern sehr gut agiert. Bern und Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg wurden für ihre raschen Entscheide und ihr konsequentes Management gelobt, etwa für die Pionierrolle beim Verbot der Grossanlässe. Aber im Lauf der Pandemie hat Bern tatsächlich im Vergleich zu anderen Kantonen Ränge verloren. Heute befindet sich der Kanton im Mittelfeld.

Warum?

Bern ist gross und heterogen. Diverse Akteure von Stadt und Land wirken auf die Regierung ein – zudem auch Wirtschaftsverbände, Interessengruppen, Lehrerschaft, Eltern und Parteien. Kohärent zu handeln, ist kaum mehr möglich. Die Entscheide fallen ad hoc und kurzfristig. Das hängt auch mit der Nervosität der Politikerinnen und Politiker vor den Wahlen im März zusammen. Sie wollen es allen ein bisschen recht machen.

Macht sich der Einfluss der SVP auf ihren Regierungsrat Schnegg bemerkbar?

Ich kann das nicht verneinen, aber auch nicht belegen. Es ist auffällig, dass sich Schnegg zu Beginn der Pandemie oft gegen seine eigene Partei gestellt hat. Jetzt, da die Wahlen näherücken, gleichen sich seine Äusserungen und Handlungen wieder der SVP-Haltung an, wie sich dies etwa bei seiner Ablehnung zu den repetitiven Massentests an den Schulen gezeigt hat.

Die einen glauben nicht an die Impfung, die anderen fordern fast wieder einen Lockdown. Wie soll die Politik mit dieser gespaltenen Bevölkerung umgehen?

Es ist enorm schwierig. Die Stop-and-go-Politik der Berner Regierung ist Ausdruck dieser Zerrissenheit. Wir haben einerseits urbane Mittelschichtsmilieus, andererseits konservative Land-



«Den Kantonen fehlen eine vorausschauende Planung und eine effiziente Krisenorganisation», sagt Adrian Vatter, Professor für Schweizer Politik an der Uni Bern, hier vor seinem Büro im Von-Roll-Areal in der Berner Länggasse. Foto: Franziska Rothenbühler

«Die Stop-and-go-Politik der Berner Regierung ist Ausdruck der Zerrissenheit in der Gesellschaft.»

regionen und impfkritische Menschen im Berner Jura. Es fehlen übergeordnete Organisationen, die diese Interessen vertreten. Stattdessen entstehen kurzfristig Gruppen, die auf sozialen Medien aktiv Druck auf die Regierung ausüben.

Je ländlicher und konservativer ein Kanton, umso zurückhaltender agiert eine Regierung. Ist die Pandemiebewältigung zum parteipolitischen Spielball geworden?

Dort, wo die SVP stärker ist, fällt auf, dass die Regierungen passiver agieren. Die SVP bewirtschaftet das auch sehr bewusst. Das hängt damit zusammen, dass die Regierungen in den Kantonen direkt vom Volk gewählt werden. Die Abwahl von Gesundheits- oder Bildungsdirektoren kommt ja auch immer wieder vor. Eine Abwahl eines Bundesrats, der von der Bundesversammlung gewählt wird, ist hingegen äusserst selten.

Dann haben Alain Berset und Co. Glück?

Sie können eine unabhängigere und weniger elektoral orientierte Politik machen als Regierungsräte. Das kann man bedauern,

sichert aber die Unabhängigkeit des Bundesrats.

Gesundheitsdirektor Schnegg hat ein enormes Gewicht bekommen im Regierungsrat. Von anderen Magistratinnen und Magistraten hört man nichts mehr. Funktioniert eine Kollegialbehörde angesichts dieser Abhängigkeit von einer Person noch?

Natürlich sind die mediale Präsenz und der politische Einfluss von Schnegg offensichtlich. Derweil musste sich etwa Evi Allemann aufgrund ihrer Themen in der Öffentlichkeit auch gar nicht gross positionieren. Die Zusammenarbeit in der Regierung hat aber insgesamt gut funktioniert.

Die Kantone sagen immer wieder, der Bund müsse entscheiden, der Bund sagt, die Kantone seien jetzt an der Reihe. Der Hund beisst sich in den Schwanz?

Wir müssen die ganzen letzten zwei Jahre Revue passieren lassen. Zuerst hatten wir die aus-

serordentliche Lage, im Frühjahr 2020, mit einer starken Machtballung beim Bundesrat. In dieser Phase hätte er alles selbst entscheiden können. Doch interessanterweise hat er das nicht gemacht. Selbst in dieser Phase blieb die Schweiz ihrem klassischen Vernehmlassungs- und Konkordanzmodell treu. Der Bund versuchte, die Kantone früh einzubeziehen, weil sie letztlich für den Vollzug der Entscheide zuständig sind.

Und dann?

Im Sommer 2020 kam der Bruch. Der Bund gab mit der Zurückstufung von der ausserordentlichen zur besonderen Lage die Kompetenzen zu grossen Teilen an die Kantone zurück. Dann lief es im Herbst 2020 aus dem Ruder. Seither ist das Verhältnis zwischen Bund und Kantonen frostiger. Jetzt, da rasche Entscheide nötig wären, schieben sie sich die Verantwortung gegenseitig zu und beklagen sich über das inkonsequente Handeln der anderen Seite.

Offiziell sind die Kantone wieder stärker in der Verantwortung. Ergibt das angesichts der Situation bei Ansteckungen und den Spitalzahlen überhaupt Sinn?

Die Logik sagt uns: Bei einer solchen Zuspitzung braucht es rasche und einheitliche Entscheidungen, die nur der Bund treffen kann. Aber seit der harschen Kritik der Kantone an der Machtakkumulation des Bundes scheut sich der Bundesrat, die ausserordentliche Lage erneut zu erklären. Obschon dies heute legitimer wäre als zu Beginn der Pandemie.

Kritiker finden, der Föderalismus sei zur Ausrede fürs Nichtstun geworden.

Der Föderalismus ist nicht per se schuld. Verantwortlich sind einzelne Akteure, die Entscheide scheuen. Der sehr dezentral organisierte Kanton Graubünden zeigt ja sehr gut, dass es klappt. Hier besteht der politische Wille, Verantwortung zu übernehmen. Als Bergkanton mit seiner Abhängigkeit vom Tourismus und von der Hotellerie existiert auch ein wirtschaftlicher Druck. In anderen Kantonen hingegen sind jene, die keine Massnahmen wollen, stärker präsent, zum Beispiel in der Innerschweiz. Auch dort finden übrigens bald Wahlen statt. Niemand will sich die Finger verbrennen.

Und darum warten jetzt alle wieder gebannt auf den Bundesrat, der an seiner Sitzung am Mittwoch entscheiden soll. Brauchts jetzt den Zentralstaat?

Wenn der Zentralstaat alles besser machen würde, müssten zentralisierte Staaten bei der Pandemiebekämpfung besser abschneiden. Das ist aber nicht der Fall, wie Grossbritannien und Frankreich zeigen. Unsere neuesten Untersuchungen zeigen vielmehr, dass andere Faktoren ent-

«Das ist Ausdruck der liberalen Grundhaltung in der Schweizer Politik. Wir kennen einen starken Fokus auf die Wirtschaft.»

scheidender sind als der Staatsaufbau, etwa die Topografie, die Bevölkerungsdichte, die Möglichkeiten, Grenzen zu schliessen. Föderale Staaten wie Australien und Kanada haben die Pandemie lange Zeit sehr gut gemeistert.

Inwiefern hat das Hin und Her zwischen Bund und Kantonen die Pandemie mehr verschleppt denn gestoppt?

Im Föderalismus werden Entscheidungen langsamer gefällt. Das ist in einer Pandemie ein grundsätzliches Problem. Doch Massnahmen müssen nicht nur effizient sein, sondern eben auch akzeptiert werden. Die Bevölkerung steht eher hinter einschneidenden Massnahmen, wenn zuvor die relevanten Akteure eingebunden wurden. Die klaren Ja-Anteile der beiden Urnengänge haben dazu geführt, dass die Gegnerschaft mittlerweile verstummt ist.

Dann beklagt die Schweiz wegen des Föderalismus zwar mehr Tote, dafür sind die Massnahmen aber breit akzeptiert?

Es trifft zu, dass die Bilanz punkto Gesundheitsschutz mittelmässig ist. Wirtschaftlich wiederum ist das Fazit sehr gut. Das ist Ausdruck der liberalen Grundhaltung in der Schweizer Politik. Wir kennen einen starken Fokus auf die Wirtschaft.

Braucht der Bund künftig mehr Kompetenzen in der Pandemie? Das denke ich nicht. Sinnvoll wäre ein nationales Führungsorgan von Bund und Kantonen in der Krise. Zum Beispiel ein neunköpfiges Gremium mit Spitzen aus Bund und Kantonen, die gemeinsam rasch und effizient entscheiden könnten. Ein solches Gremium kann mehr Vertrauen stiften und rascher entscheiden.

Selbst Vertreter aus dem Schulbereich rufen nach einheitlichen nationalen Regeln, an die sich alle Schulen in allen Kantonen halten können. Genau das könnte ein solches nationales Gremium ja tun. Es könnte verbindliche Regeln für die Kantone wie auch für den Bund festlegen, zumindest in Krisensituationen, etwa in einer ausserordentlichen Lage. In Normalzeiten wäre es ein Organ mit beratender Funktion.

Die Kriseninterventionen treffen die Menschen teils sehr hart und direkt: Welchen Einfluss wird die Pandemie auf die Berner Wahlen im März letztlich haben?

Ich gehe davon aus, dass die Krise die Wahl der sechs wieder antretenden Regierungsmitglieder sichern und die Mehrheitsverhältnisse von vier Bürgerlichen und drei Linken bestätigen wird. Die Menschen neigen in Krisenzeiten dazu, auf Experimente zu verzichten. Bei den Grossratswahlen ist es möglich, dass die neue Bewegung um Impfskeptiker und Massnahmenkritiker kleine Gewinne erzielen könnte.